Doubl.

PATRIOTISCHE EINHEITSFRONT

FÜR EINE DEMOKRATISCHE TÜRKEI

PRESSEERKLÄRUNG Nr. 1

29.Juni 1971

Gegen den Faschismus in der Türkei haben sich alle demokratischen und progressiven aus der Türkei in der BRD, West-Berlin, Frankreich, England, Österreich, der Schweiz, Holland, Schweden und Norwegen nach einer zweitätigen Sitzung vom 19.-20. 1971 in Braunschweig zur "PATRIOTISCHEN EINHEITSFRONT FÜR EINE DEMOKRATISCHE TÜRKEI - EUROPA" zusammengeschlossen.

Diese Einheitsfront, die im Rahmen der geltenden Gesetzen der Europäischen Ländern tätig sein wird, besteht aus folgenden Organisationen :

- Türkische Studentenföderation in Deutschland (ATÖF)
- İŞÇİ-KÖYLÜ Gazetesi, Proleter Devrimci AYDINLIK (Arbeiter -Bauernzeitung, Proletarisch revolutionäres AYDINLIK)
- Türkischer Kulturbund in München (MTKB)
- Kulturklub der türkischen Jugend in Köln (TGKK)
- Türkischer Kulturverein in Braunschweig mit Umgebung (BETKO)
- Patriotische Volksfront in München (YHCM)
- Proletarische Revolutionäre (Aydınlık Sosyalist Dergi, Türkiye Solu)
- Türkischer Sozialistenverein in Nürnberg (NTTO)
- Türkischer Sozialistischer Bund in Frankfurt (FTSB)
- Türkischer Studentenbund in Frankreich

Die Forderungen des PATRIOTISCHEN EINHEITSFRONT sind :

1. Kampf für die Erhaltung der Verfassung von 1961 und Kampf gegen jeden Versuch, sie zu verändern,
2. Aufhebung des Ausnahmezustandes und Zurücknahme des verfassungswidrigen Kriegsrechtsgesetzes,
3. Sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen und Verhafteten,
4. Aufhebung aller Verbote gegen demokratische und fortschrittliche Organisationen,
5. Aufhebung der Pressozensur und sofortige Freigabe aller verbotenen Zeitungen, Zeitschriften, Schalplatten, Filme und Kunstwerke,
6. Schluss mit den Repressalien gegen die Rundfunk und Fernsehanstalt der Türkei (TRT) und gegen die Universitäten; Wiederherstellung der Autonomie dieser Institutionen,
7. Schluß mit der Unterdrückung der Gewerkschaften; Aufhebung des Streiksverbots und Wiedereinstellung der wegen ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeiten entlassenen Arbeiter,
8. Schluß mit den Versuchen, die Arbeiterpartei der Türkei (TİP) zu verbieten, die ihre Tätigkeit im Rahmen der Verfassung von 1961 durchführt,
9. Beseitigung der faschistischen Erim-Regierung, Schaffung eines demokratischen Wahlgesetzes und sofortige freie Wahlen.

Zum besseren Verständnis dieser Forderungen möchten wir einen kurzen Bericht zur politischen Situationen in der Türkei beifügen:

Seit Jahren wird die Türkei von einer schweren ökonomischen, sozialen und politischen Krise erschüttert. Demonstrationen, Streiks als Ausdruck von Not und Verbitterung, von dem tiefen Wunsch nach Freiheit und einem menschlichen Leben auf der einen Seite, Verbote, Kriegsrecht, Verfolgungen, Morde, Foltern, Demagogie und ein fettes Leben auf der anderen Seite. Anfang März hat sich diese Entwicklung weiter zugespitzt ! Die Generäle hatten der Regierung Demirel das Ultimatum gestellt, entweder als Herr der Lage das reibungslose Funktionieren und den Fortbestand von Unterdrückung und Ausbeutung zu garantieren, oder einen anderen "überparteilichen"

Regierung Platz zu machen. Die Regierung Demirel trat zurück. Dieses Vorgehen kommentierte Bülent Ecevit, bis dahin Generalsekretär der Republikanischen Volkspartei, "eine meisterhafte Kopie der Griechischen Staatsstreichmethode". Seitdem wurde die Türkei in ein grosses Konzentrationslager umgewandelt. In elf wichtigen Provinzen der Türkei, die Mitglied der Nato, des CENTO-Paktes, des Europarates und assoziiertes Mitglied der EWG ist, wurde der Belagerungszustand ausgerufen. Die Minister der Technokratenregierung des Herrn Nihat Erim wurden während der letzten politischen Krise sorgfältig durch die Armeeführung ausgewählt. Dadurch wurde das türkische Parlament zu einem Marionettentheater degradiert, das alle politischen, ökonomischen und sozialen Befehle, die die militärischen Machthaber geben, gutheißt.

Alle progressiven, liberalen und sozialistischen Organisationen wurden -einer nach der anderen- geschlossen. Tausende von Universitätsprofessoren, Lehrern, Arbeitern, Bauern, Studentenführern und Armeeoffizieren wurden in verschiedenen Militärlagern interniert. Außerdem veröffentlichten die militärischen Befehlshaber täglich neue Verhaftungslisten, die die Namen hunderter prominenter Bürger tragen, die bislang noch in Freiheit waren.

Die Versammlungs- und Pressefreiheit wurde aufgehoben. Fast alle fortschrittlichen Zeitungen und Zeitschriften wurden verboten. Außerdem wurden nahezu 100 politische Bücher, die während der letzten zehn Jahre publiziert wurden, aus Bibliotheken und sogar aus Privatwohnungen entfernt. Die progressiven Verleger, Übersetzer, Buchhändler wurden, einer nach dem anderen, arrestiert. Die militärischen Autoritäten, noch nicht zufrieden mit solchen primitiven Aktionen, begannen damit, auch das Lesen und Besitzen solcher Publikationen unter Strafe zu stellen. Häuser und Büros wurden von Militär und Polizei durchsucht; persönlicher Besitz wie Briefe, Dokumente und Fotos, die in Wohnungen von sogenannten "Verdächtigen" gefunden wurden, wurden ohne Durchsuchungsbefehl beschlagnahmt.

Von Militär- und Polizeiorganen in Haft genommene Personen wurden in Polizeistationen und Militärlagern auf folgende Weise brutal mißhandelt: Abziehen von Fingernägeln; Ausreißen von Haaren; Pumpen von Pressluft in den Anus; Ausdrücken von brennenden Zigaretten auf dem nackten Körper; Anbringen von Elektroden an den Genitalien; Gießen von Urin in den Mund und brutale Schläge.

Die Notstandsgesetze erlauben die Inhaftierung einer Person für die Zeit eines Monats ohne jeden Haftbefehl, und das Verurteilen von Zivilpersonen durch Militärgerichte.

Die im Ausland politisch aktiven Studenten und Arbeiter aus der Türkei sind Repressalien ausgesetzt. Politische Morde an Linken sind in der Türkei an der Tagesordnung. Während der letzten drei Jahre sind über 40 Arbeiter und Studenten der Polizei und anderen "Unbekannten" zum Opfer gefallen.

Die Verfassung der Türkei, die nach dem Staatsstreich vom 27. Mai 1960 durch ein Referandum angenommen worden war, wird von der Erim-Regierung in Frage gestellt. Diese gegenwärtige Marionettenregierung hat auch schon damit begonnen, Anträge zur Verfassungsänderung zu stellen, die der Einschränkung verfassungsrechtlich garantierter Freiheiten und Rechte des Volkes dienen, und es ermöglichen sollen, die Türkei mit Dekreten anstatt mit vom Parlament verabschiedeten Gesetzen zu regieren. Auf diese Weise wird jedes Wort aus dem Mund eines Generals oder jede Idee, die aus den Köpfen der Generäle kommt, automatisch zum Gesetz.

Der anti-faschistische Kampf in der Türkei geht weiter. Den Kampf, den das Volk für Freiheit, Demokratie und Unabhängigkeit führt, zu unterstützen, ist die Pflicht aller demokratischen und fortschrittlichen Kräfte in Europa.

PATRIOTISCHE EINHEITSFRONT
FÜR EINE DEMOKRATISCHE TÜRKEI-EUROPA